Nummer 152 — Halle, Freitag, den 2. Juli 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.40 Reichsmark, durch Postzeitungsstellen ohne Bestellgeld 2.10 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 25 Pfennige Postzeitungsgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme 2 Uhr nachmittags. Die Anzeigen werden nach Raum-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark.

Für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Mitteldeutschen Zeitung" erscheinen, beträgt der Grundpreis 1 mm Normalzeile 17 Goldpfennige. Postscheckkonto: Saale-Zeitung Nr. 2111. Postscheckamt Leipzig. „Saale-Zeitung Halle (Saale)" Bank-Rechnung: Deutsche Reichsbank Filiale Halle. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 12111. Geschäftsstelle u. Redaktion: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Aus Anlaß des gestern beendeten Besuchs des niederländischen Geschwaders in Kiel hat Reichspräsident v. Hindenburg der Königin der Niederlande ein Dankestelegramm gesandt, in dem er den vorzüglichen Eindruck der Schiffe und Besatzung betont.

*

Am 1. Juli trifft das Nordseegeschwader, durch den Kanal kommend, in Kiel ein, um zusammen mit den Ostseeschiffen bei der Kieler Woche anwesend zu sein. Am 8. Juli geht die gesamte Flotte unter Führung des Linienschiffes „Schleswig-Holstein" mit Vizeadmiral Mommsen an Bord zu den großen Schießübungen in die Ostsee. Am 23. Juli sind die Flottenmanöver beendet.

*

Der Kommandant des deutschen Vermessungsschiffes „Meteor" wurde in Rio de Janeiro vom brasilianischen Bundespräsidenten empfangen. Bei einem anschließenden Ehrenmal, an dem sämtliche Minister teilnahmen, wurde von brasilianischer Seite erneut den starken Sympathien für Deutschland Ausdruck gegeben.

*

Der englische Luftfahrtminister Branke traf am Mittwoch im Junkerverkehrsflugzeug in Berlin ein zur persönlichen Teilnahme an den deutsch-englischen Luftverkehrsverhandlungen.

*

Das deutsche Dornierflugzeug „Komet III" mit dem neuen zwölfzylindrigen Motor der hiesigen Motorenwerke hat bei einem vom Ausland amtlich überwachten Flug über der Schweiz fünf Weltrekorde geschlagen — eine neue wertvolle Propaganda für deutsche Tüchtigkeit.

*

Im Berliner Lustgarten fand eine große kommunistische Kundgebung für Auflösung des Reichstags, Rücktritt der Regierung und Verhinderung des Fürstenkompromisses statt. Eine Anzahl Redner wendeten sich scharf gegen die Sozialdemokraten.

*

Die Thüringische Regierung hat den Film „Panzerkreuzer Potemkin" als kommunistisches Propagandastück verboten. Die Deutschnationalen haben im Preußischen Landtag den Antrag eingebracht, politische Filme, die geeignet sind, die Gegensätze im deutschen Volk zu vertiefen, zu verbieten.

*

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages lehnte gestern den Antrag der Oberreichsanwaltschaft, die Verhaftung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Stöcker, Koenen, Remmele, Hörnle, Pfeiffer und Heckert wegen Hochverrats zu genehmigen, ab. Für die Verhaftung stimmten die Deutschnationalen und die Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

*

Zwischen Deutschland und Polen ist eine Vereinbarung getroffen, nach der künftig im oberschlesischen Abstimmungsgebiet Ausweisungen von Deutschen aus polnischem Staatsgebiet und umgekehrt nur auf Grund schwerer gerichtlicher Bestrafungen, staatsfeindlicher Betätigung oder Inanspruchnahme der öffentlichen Armenpflege erfolgen sollen.

*

Die sozialistische Partei in Elsaß-Lothringen nimmt in einer Kundgebung gegen die „separatistischen Umtriebe" des elsaß-lothringischen Heimatbundes Stellung und fordert Anpassung an Frankreich. — Da kommt die „Vaterlandslosigkeit" wieder einmal kraß zum Ausdruck.

*

Die in Paris stattfindenden Verhandlungen über Rußlands Schulden an Frankreich sind völlig ergebnislos abgebrochen, die russischen Vertreter sind nach Moskau abgereist.

*

In Marokko leben die Kämpfe wieder auf, da eine ganze Reihe von Stammführern, ihre Leute zum Widerstand bis zum Aeußersten zu bestimmen wußten.

*

Im englischen Unterhaus wurde das Gesetz über den Achtstundentag im Bergbau unter stürmischem Protest der Arbeiterpartei angenommen. Inzwischen finden inoffizielle Verhandlungen zur Beilegung des Streiks statt, man rechnet jedoch nicht mit sofortigem Erfolg, da das neue Gesetz die Bergleute sehr verbittert.

Fünfzig Jahre Reichsgesundheitsamt.

An der gestrigen Feier des 50jährigen Bestehens des Reichsgesundheitsamts nahmen als Vertreter der Reichsregierung Reichskanzler Marx sowie die Reichsminister Dr. Külz, Brauns, Dr. Reinhold, Haslinde, Dr. Curtius teil, als Vertreter der preußischen Staatsregierung die Minister Hirtsiefer und Steiger, sowie Vertreter der Länder, der Universitäten und Hochschulen, der Stadt Berlin, der Reichsbehörden und vielen sonstigen Behörden und Privatorganisationen.

Den Festakt eröffnete der Domchor. Dann gab der bisherige Präsident des Reichsgesundheitsamts, Bumm, den Rückblick auf die 50jährige Tätigkeit des Amts. Darauf sprach Reichsminister Külz über die Bedeutung und Verdienste des Reichsgesundheitsamts für die Volkshygiene. Den Glückwünschen des Reichsministers des Innern schlossen sich Reichsarbeitsminister Brauns und im Namen der preußischen Staatsregierung Minister Hirtsiefer an. Es folgten Ansprachen der Vertreter der deutschen Universitäten und Hochschulen, des gemischten Roten Kreuzes, der Wohlfahrtsorganisationen und anderer Verbände, die Promotionen zu Ehrendoktoren, Ernennungen zu Ehrenmitgliedern sowie Glückwunschadressen überbrachten.

Sodann wurde eine Franz-Bumm-Stiftung ins Leben gerufen, deren Zweck darin bestehen soll, die Beamten des Reichsgesundheitsamts in ihren wissenschaftlichen Zielen, aber auch in Fällen einer dringenden wirtschaftlichen Notlage, für die Reichsmittel nicht zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Den Abschluß der Feier bildete der Vortrag des Chores aus „Die Meistersinger".

*

Der neue Präsident des Reichsgesundheitsamtes Geheimer Regierungsrat Hamel.

Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, Geheimer Rat Dr. Hamel, wurde an Stelle des aus dem Amte scheidenden Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrates Dr. Franz Bumm zum Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes ernannt.

Hilfsmaßnahmen für die Hochwassergeschädigten.

Stundung der Steuern. — Ein Nottarif der Reichsbahn?

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages führte Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff aus: Das Staatsministerium hat bereits eine Million vorläufig zur Verfügung gestellt. Von dem vom Reichspräsidenten gewährten 200 000 Mark entfallen auf Preußen etwa 150 000 M. Nach den mit dem Reiche gepflogenen Verhandlungen ist damit zu rechnen, das in den nächsten Tagen 500 000 Mark für Preußen zur Verfügung gestellt werden.

Die weiteren Maßnahmen sollen sich so gestalten wie im Vorjahre. Die zum 15. Aug. fällige Grundvermögenssteuer wird für die Betroffenen gestundet und nötigenfalls niedergeschlagen. Vom Reichsfinanzministerium ist eine ähnliche Weisung an die Finanzbehörden gegangen.

Es wurde ein vom Berichterstatter Dr. Wiemer (Dn.) zusammengefaßter Antrag angenommen. Danach sollen sofortige umfassende und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen ergriffen, die beschädigten Dämme und Uferbauten schleunigst instand gesetzt werden. Fernet wird der sofortige Erlaß eines Nottarifes durch die Reichsbahnverwaltung gefordert.

Annahme des Fürstenkompromisses in zweiter Lesung.

Im Reichstag wurde bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern wie im Ausschuß die deutschnationalen und sozialdemokratischen Aenderungsanträge abgelehnt und die einzelnen Paragraphen schließlich bei der Abstimmung der großen Flügelparteien angenommen.

In zwei Paragraphen wurden von den Mittelparteien selbst Aenderungen beantragt und angenommen, die den im Ausschuß von den Sozialdemokraten gestellten Forderungen etwas mehr entgegenkommen. So soll die Oeffentlichkeit bei den Verhandlungen des Sondergerichts nur ausgeschlossen werden, wenn eine Gefährdung der Sittlichkeit angenommen wird, nicht also wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Die zweite Aenderung bezieht sich auf die Auseinandersetzung mit den mediatisierten, schon vor 1918 ausgeschiedenen regierenden Häusern. Hier wurde zwar der von den Sozialdemokraten gefochtene entschädigungslose Fortfall aller Renten abgelehnt, aber der entschädigungslose Fortfall für solche Renten, Abfindungen und Staatsleistungen beschlossen, die für die Uebertragung von Hoheits- oder ähnlichen öffentlichen Rechten oder für die Nebenabfassung von Gegenständen geschuldet werden, die als Staatseigentum zu gelten hätten.

In der weiteren Beratung wurde u. a. die Novelle zum Bantzgesetz über die Rediskontierung von Reichsschatzwechseln, und der Gesetzentwurf über den Verkauf mit unverdient Meinungen in zweiter und dritter Lesung angenommen, ebenso eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung, die im Sinne des Washingtoner Abkommens über die Frauenbeschäftigung vor und nach der Niederkunft die Schwangeren- und Wöchnerinnenhilfe wesentlich erweitert.

Vor der dritten Lesung des Fürstenkompromisses werden noch Verhandlungen der Regierung mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten stattfinden, da andernfalls an eine Annahme des eine Zweidrittelmehrheit erfordernden Gesetzes nicht zu denken ist. Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten erfolgen am heutigen Donnerstag, die entscheidende dritte Lesung soll am Freitag stattfinden.

Anträge zur Anleihe-Ablösung.

12½ Prozent ist nur der Mindestsatz.

Der Reichstagsausschuß für die Fragen der Anleiheablösung kam in seiner gestrigen Sitzung abschließend zu folgenden Ergebnissen: Angenommen wurde ein von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag Hergt (Dnat.), der die Regierung auffordert, die noch vorhandenen Ueberschüsse des Rechnungsjahres 1925 zur besonderen Anleiheablösung für solche Gläubiger zu verwenden, bei denen wegen hohen Alters ein besonderes Bedürfnis zu rascher und weitherziger Hilfe besteht.

Wenn nach den Mitteilungen des Reichsfinanzministers die Ueberschüsse des Vorjahres 180 Mill. betragen, würden, nachdem von dieser Summe bereits 147 Millionen anderweit verbucht sind, für den genannten Zweck noch 33 Millionen zur Verfügung stehen.

In einem weiteren angenommenen Antrag wird festgestellt, daß der Satz von 12½ bis 25 v. H. für die Aufwertung von Gemeindeanleihen im Sinne des Gesetzgebers so aufzufassen ist, daß der Satz von 12½ v. H. nicht den gesetzlichen Normalsatz, sondern den Mindestsatz bedeutet. Ein anderer Antrag ersucht die Reichsregierung, zur Milderung der durch Erstattung von Steuern entstandenen Härten einen angemessenen Betrag als Härtefonds für die Zwecke der Anleiheablösung bereitzustellen. Weiterhin fand Annahme eine Entschließung des Abg. Emminger (Bayr. Vp.), die eine Denkschrift über die durch das Gesetz über Kleinrentnerfürsorge entstandene Belastung fordert.

Im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses begründete der Abgeordnete Hamilton Fish einen Antrag auf Aufforderung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des feindlichen Privateigentums im Kriege mit dem Hinweis, daß die Anlagen Amerikas zum Auslande zehn Milliarden Dollar überstiegen, die im Kriegsfalle den Beschlagnahmen ausgesetzt wurden. — Dieser Antrag ist sehr begreiflich. Sollte er durchkommen, so würde er große Rückwirkungen auf die Rückgabe des gesamten deutschen Eigentums nicht nur in Amerika, sondern bei allen unseren Kriegsgegnern haben.

Ein Volk ohne Seele.

Beobachtungen aus den Vereinigten Staaten.

Von Dr. C. A. Moeller.

Trotz der dem Deutschen eigenen Veranlagung, alles Fremde mit einem besonderen Nimbus zu umgeben, ist es auffällig, daß viele, sogar gebildete Deutsche gerade Amerika für das Land der Verheißung halten, in dem nur Milch und Honig fließt. Vor nicht allzulanger Zeit hielt man es gerade für gut genug, unseligen Gliedern der Volksgemeinschaft die Möglichkeit zu geben, sich in tatloser Arbeit ein neues Leben aufzubauen. Wer mit offenem Auge durch die Vereinigten Staaten gegangen ist, wird gar bald zu der Erkenntnis gekommen sein, daß das glitzernde Mäntelchen, in das die öffentliche Meinung der Heimat das Land der Freiheit gekleidet hat, nur aus armseligem Flittergold besteht.

Den Amerikaner von heute kann man mit einem Kaufmann vergleichen, der verhungert auf seinem Strohsack aufgefunden wurde, während das Innere der Lagerstätte ein Vermögen verbarg. Arme Reiche sind die meisten Amerikaner! Wie jenem Kaufmann so ist auch dem Amerikaner der wahre Sinn des Lebens, seines Berufs als Arbeit am Gesamtwohl aufzufassen und seine Mußestunden der Veredelung des Innenmenschen zuzuwenden, verborgen. Ihm ist der Beruf nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, möglichst unter äußerster Zeitausnutzung „Geld zu machen".

Andere Interessen kennt er nicht. Dabei ist ihm jeder willkommen, der zur Vermehrung dieses Zieles geeignet erscheint; [illegible] Rücksichtslosigkeit besser Rechte zu haben, als der gerade beschäftigte Amerikaner, so wird letzterer kurz und bündig entlassen. Kündigung kennt man in Amerika nicht. „Nur niemanden noch eine Zeitlang behalten müssen, deren Arbeitskraft sich nicht voll in Geld umsetzt."

Dieser ausschließliche Lebenszweck des Amerikaners macht sich auf Schritt und Tritt bemerkbar. So gibt er dem Straßenbild sein charakteristisches Gepräge. Die Häuser werden so hoch wie möglich gebaut, um recht viel Miete herauszuschlagen; die Warenhäuser haben sogar meistens zwei bis drei Kellergeschosse, in die nie ein Strahl des Tageslichtes fällt. Auf die Gesundheit der dort arbeitenden Angestellten wird ebenowenig Rücksicht genommen, wie auf die Bevölkerung überhaupt, die zwischen den Wolkenkratzern leben muß.

Besonders bei dem häufigen Nebel ist das Wolkenkratzerviertel der Großstädte buchstäblich in Nacht gehüllt durch den sich schwer auf die Lungen legenden Rauch der Schornsteine, der seinen Abzug findet. Die Straßen selbst starren vor Schmutz; jeder wirft nach kurzem Einblick die Zeitungen, welche beträchtlichen Umfang haben, achtlos auf die Straße, so daß man oft meint, auf dem Hof eines Rohproduktenhändlers zu wandeln.

Die ruhelose Jagd nach dem Dollar macht auch das Familien- und Gesellschaftsleben des Amerikaners farblos und öde. In Europa gibt die Eigenart des Besitzers den meisten Wohnungen mehr oder minder ein besonders charakteristisches Gepräge. Der Sinn für eine gemütliche Häuslichkeit geht dem Amerikaner ab. Praktisch ist wohl manches in der amerikanischen Wohnung, so vor allem die eingebauten Schränke (sogenannte Closets), auch haben die meisten Wohnungen Zentralheizungen, Bad mit eingebautem Toilettenschrank, warmes und kaltes Wasser.

Aber die Möbeleinrichtungen kann man geradezu als Normaleinrichtung bezeichnen. In jeder Wohnung findet man denselben Hausrat in derselben Aufstellung, genau wie man in den Möbelgeschäften immer ein und dasselbe sieht. Von den winzigen Zimmerchen zeigt der Salon stets dieselbe geschmacklose Stehlampe und eine Sprechmaschine, im Schlafzimmer steht dasselbe Doppelbett all überall und hängt derselbe Jahrmarktsspiegel. Die elektrischen Beleuchtungskörper werden mit der Wohnung übernommen, selbst Einfamilienhäuser (Bungalows) werden nur mit kompletten Beleuchtungskörpern verkauft.

Das amerikanische Familienleben besteht in der Regel darin, daß die Familie zwischen 7 und 8 Uhr abends zusammen die Hauptmahlzeit in der Küche einnimmt; sehr oft kommt es aber vor, daß der Mann tagelang erst spät abends heimkommt, rasch ißt, sich hinlegt, und am nächsten Morgen um 5 Uhr aber 6 Uhr, um 7 Uhr, wenn er im Bureau arbeitet, die Wohnung wieder verläßt. Nach dem Abendbrot und Sonntags geht das Familienoberhaupt nicht selten seiner Arbeit nach; meistens ist es geradezu diese Arbeit, welche die Dollarjäger [illegible]

Wenn auch vom Erträgnis der angestrengten Arbeiten etwas zurückgelegt wird, so reichen in der Regel diese Ersparnisse nicht aus, um zu besonderem Wohlstand zu gelangen, da die Mieten sehr hoch sind, etwa 50 bis 80 Dollar im Monat für die geschilderte Standardwohnung.

Das geschilderte Leben gilt für Angestellte. Kleinere, selbständige Kaufleute arbeiten noch viel härter. Mittagspausen kennt man nicht. Lebensmittelgeschäfte und Restaurants sind früh um 5 Uhr schon offen und schließen nicht vor 9 Uhr abends, auch haben sie Sonntags offen; ein beträchtlicher Teil ist Tag und Nacht geöffnet.

Das einzige, was der Amerikaner sich neben der Jagd nach dem Gold gönnt, ist außer dem gemeinsamen Abendbrot, das, milde ausgedrückt, in überreicher Quantität gegessen wird, der Besuch einer „show", einer Mischung von Kientopp und Variete. Wohl gibt es auch Museen, gute Theater und Konzerte. Aber wenn man von ihnen in den Zeitungen hört, denkt man unwillkürlich an Rasstes großen Blühwerksfilzel, der wohl dasteht, weil ein Klavier „nun mal dazu gehört", aber von niemandem gespielt wird. Da nur besonders Begüterte sich Dienstpersonal halten können, werden gesellige Veranstaltungen durch das Geschrei der mitgebrachten Kinder und Säuglinge verschönert. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, daß dadurch die festliche Stimmung besonders erhöht wird und die an und für sich schon mitgenommenen Nerven wirkliche Erholung finden.

Kommt man gelegentlich einmal abends in einer Familie zusammen, die Herren selbstverständlich in Hemdsärmeln, so vergeht ein guter Teil des Abends mit Essen; den Rest verbringen die Herren mit der Besprechung von Geldangelegenheiten, die Damen mit der Erörterung der gegenwärtigen und kommenden Moden; ab und zu tritt auch eine Pause ein, in der man sich selbstzufrieden damit begnügt, den unerträglichen Schaukelstuhl in Bewegung zu halten und sein Gegenüber geistreich anzuschauen.

*

Ein Kapitel für sich bildet die sogenannte „Gesellschaft". Im Osten (Neuyork, Washington, Philadelphia usw.) gibt es wohl eine „richtiggehende" Gesellschaft, denn dort gehören auch Nichtmillionäre dazu, nämlich die Abkömmlinge der alten Beamtenfamilien. Im Westen aber entscheidet über die Zugehörigkeit zur „society" ausschließlich der Geldsack ohne Rücksicht auf den Bildungsgang.

Etwas, was unseren Akademikern entspricht, kennt man in Amerika nicht. Wohl gibt es Universitäten, aber weder die zu ihrem Besuch nötige Vorbildung noch der Universitätslehrgang selbst läßt sich mit den entsprechenden europäischen Einrichtungen auch nur im entferntesten vergleichen. Die Absolvierung einer Art Bürgerschule (high school) macht für den Besuch der Universität [illegible] Die meisten Studenten, auch Söhne wohlhabender Eltern, sind, um die Kosten des Studiums aufzubringen, tagsüber Kellner, Maurer usw., und am Abend, wenn sie müde und abgespannt sind, „Hörer" der Universität; nur sehr wenige Studenten findet man, die während des Studiums von den Eltern unterhalten werden.

Die Ausbildung der Studenten ist dementsprechend. Viele Amerikaner gehen grundsätzlich nicht zu amerikanischen Aerzten, weil sie ihr Leben lieb haben. Nur ein Beispiel: Eine Versicherungsgesellschaft, der die häufigen Versicherungsfälle verdächtig vorkamen, hatte einen Detektiv beauftragt, sich gelähmt zu stellen und einen Arzt aufzusuchen, um durch ihn zwecks Erlangung der Versicherungssumme die Lähmung ärztlich bescheinigen zu lassen. Vier „prominente" Aerzte (wörtlich) stellten die Lähmung fest. In dem darauf zum Schein gegen die Versicherungsgesellschaft angestellten Prozeß fing der gelähmte Detektiv während der Verhandlung zum Entsetzen der prominenten Aerzte auf einmal zu hüpfen und tanzen an. Die Aerzte waren entweder Dummköpfe oder Betrüger. Im übrigen sind Aerzte, Juristen usw. in erster Linie „buschnehmen" d. h. Geschäftsleute wie jeder Handwerker und Kaufmann, annoncieren natürlich auch wie diese marktschreierisch, oft mit ihrem Bild und haben mit wenigen Ausnahmen weder geistige Interessen noch gute Umgangsformen.

*

Dieses stumpfe, selbstgewollte Sklavenleben kann nur denen zusagen, die vom Leben nichts weiter erwarten als bescheidenen Besitz, gut Essen und Trinken. Diese primitiv materielle, kulturlose Lebensauffassung und der alte, deutsche Erbfehler: mangelndes Nationalgefühl, sind meiner Ansicht nach die Ursache dafür, daß so viele der sogenannten Deutschamerikaner für das Deutschtum verloren sind. Der für die augenblicklichen deutschen Verhältnisse reichliche Verdienst und die damit verbundene Möglichkeit, Grundbesitz zu erwerben, das Fehlen des Kastengeistes und der genannte alte Erbfehler lassen die in überwiegender Mehrzahl aus wenig gebildeten Kreisen stammenden Volksgenossen nur allzu schnell die Heimat vergessen.

Eine seltene Ausnahme bildet ein reichgewordener Buchdrucker, der mir auf der Reise nach Neuyork sagte: „Amerika ist nur gut zum Geldmachen, aber zu weiter nichts". Aber auch die aus Akademikerkreisen stammenden Eingewanderten sind, leider muß es gesagt werden, in der zweiten Generation vollkommen amerikanisiert, d. h. ausschließlich materiell eingestellt.

Die deutschen Vereinigungen in Amerika sind nach meiner Beobachtung nur wenig bedeutende Sprachvereine. Einmal erlebte ich, daß ein deutscher Verein nach dem Lied „Deutschland über alles" die amerikanische Nationalhymne sang, ein anderes Mal feierte ein „deutscher Kriegerverein" Bannerweihe einer — amerikanischen Fahne.

Wohl empfinden die neu Eingewanderten aller Stände, besonders der gebildeten, trotz der Befriedigung aller äußerern Lebensbedürfnisse recht bald eine innere Leere, da jede geistige Anregung von außen her mit der Ueberfiedlung in die neue Welt plötzlich wie abgeschnitten erscheint. Durch Zusammenschluß versuchen die Volksgenossen über diese Kluft hinwegzukommen, müssen aber bald enttäuscht einsehen, daß der Geist der Umgebung stärker ist als der Wille zur Einhaltung deutscher Eigenart. Langsam, aber sicher, zerfallen die meisten dem zersetzenden Einfluß des amerikanischen Materialismus und erkennen müde erst im Alter, wenn es zu spät ist, daß äußerer Wohlstand allein zwar auch auf Höhen des Lebens führt, aber zu schroffen Einöden, in denen die Seele erschauert und der Geist erstirbt.

Das Leben der Amerikaner, dieses Volkes ohne Seele, hat für den, der es kennt, jeden Reiz verloren, und nie und nimmer kann man unserem Volke die „Amerikanisierung" wünschen.

Große Etatrede des Ministerpräsidenten Braun.

Gegensätze zwischen Preußen und Reich. / Beamtenabbau?

Im Preußischen Landtag eröffnete der preußische Ministerpräsident Braun (Soz.) mit einer großen Rede die dritte Lesung des Etats. Er erklärte unter anderem:

Beim Arbeitslosenproblem

hat sich der Gedanke aufgedrängt, ob es nicht volkswirtschaftlich zweckmäßig sei, wenigstens einen Teil der fraglichen Arbeitskraft produktiver Tätigkeit zuzuführen. (Sehr richtig!) Es wird Aufgabe der Staatsregierung sein, in Zusammenarbeit mit der Reichsregierung und mit den Gemeindevertretungen dahin zu wirken, daß das im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages ausgestellte Programm so schnell wie möglich in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Die Arbeitslosigkeit wird noch weitere Zeit anhalten. Es müssen deshalb die aufgewendeten erheblichen Summen in Arbeit umgesetzt werden. Es muß dabei mehr als bisher auf die Mithilfe der Reichsfinanzverwaltung zurückgegriffen werden.

Die Reichsfinanzverwaltung, die mit Ueberschüssen abschließen konnte, ist verpflichtet, in dieser Frage zu helfen. Das Reich muß auch bei den Ausgaben für Ueberschwemmungsschäden, die jetzt wieder neue Mittel erfordern, obwohl die alten Schäden noch nicht entschädigt sind, zur Deckung herangezogen werden. Das Reich vertritt den Rechtsstandpunkt, dazu nicht verpflichtet zu sein. Ich habe wiederholt erklärt, diesen Standpunkt zu revidieren. Gewisse Stellen der Reichsregierung zeigen

noch immer nicht das richtige Verständnis

für gewisse Bedürfnisse der Länder und Gemeinden. So wollte das Reich die Finanzierung der Siedlung, für die es 50 Millionen Mark zugesagt hat, durch eigene Siedlungseinrichtungen vornehmen. Ich habe noch in letzter Zeit in eingehenden Behandlungen mit der Reichsregierung auf den unmöglichen Dualismus hingewiesen, der dieses Nebeneinander von Siedlungsbehörden des Reiches und Preußens mit sich bringt. Es ist mir aber noch nicht gelungen, den Widerstand zu überwinden.

Wir haben auch im Reichsrat dagegen Stellung genommen, daß die Reichsregierung eine eigene Reichsforstverwaltung aufgezogen hat. Der Reichsfinanzminister hat sich auch bereit erklärt, den Reichsforstbesitz an die preußische Forstverwaltung zu übergeben, verlangt dafür aber eine angemessene Bezahlung. (Hört, hört!)

Auch die preußische Stellebeim Generaldirektor der Reichsbahn ist noch immer nicht besetzt worden. Trotzdem die Angelegenheit monatelang Gegenstand der Untersuchung gewesen ist, ist dem preußischen Verlangen noch immer nicht Rechnung getragen worden.

Leider bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß die langjährig geübte Reichstreue Preußens zumeist mit einer Nichtachtung seiner berechtigten Wünsche belohnt wurde.

Der Ministerpräsident kommt dann auf die Anschlußbestrebungen kleinerer Länder in Preußen zu sprechen. Die kleinen Länder werden auf die Dauer nicht verlangen können, daß wir ihnen die verschiedensten Einrichtungen unseres Staates zur Verfügung stellen, nur damit sie ihre Selbständigkeit erhalten können. (Sehr richtig!) Der jetzige Zustand in Waldeck entspricht nicht mehr der Reichsverfassung. Das Land wird von uns verwaltet, zeigt aber trotzdem starke Bestrebungen, z. B. auf ein selbständiges Parlament und auf die Wahl eines besonderen Landespräsidenten (Heiterkeit). Um auf diesen Gebieten Klarheit zu schaffen, haben wir den Successionsvertrag mit Waldeck gekündigt. Er läuft nur noch zwei Jahre, und Waldeck wird Gelegenheit haben, zu prüfen, ob ihm eine vollständige Selbständigkeit möglich ist.

In der Groß-Hamburgfrage ist die Auffassung vertreten worden, daß Preußens Haltung von engherzigem Partikularismus diktiert sei. Aber es mußte einmal festgestellt werden, daß dieses einheitliche Wirtschaftsgebiet Groß-Hamburg auch gemeinsame Lasten zu tragen hat, und daß nicht etwa Hamburg sich auf Kosten der preußischen Gemeinden bereichert. Es ist zu hoffen, daß nach Beilegung der augenblicklichen kleinen Verstimmung Hamburg doch einsehen wird, daß gemeinsame Interessen vorliegen, auch wenn es auf Kosten Hamburgs zu einem gewissen Lastenausgleich für die preußischen Gemeinden kommt.

Die preußischen Finanzen

sind durchaus gesund. Die finanzielle Leistungsfähigkeit Preußens muß mittels einer durchgreifenden Rationalisierung der ganzen Staats- und Finanzwirtschaft gewährleistet werden. Mit allem Nachdruck wird die Regierung an die Verwaltungsreform herangehen und dabei bedenken müssen, daß ein kleiner und dafür gut bezahlter Beamtenstab besser ist, als ein großer Beamtenstand, der im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage des Volkes nicht aufgebracht bezahlt werden kann. (Sehr richtig!)

Wir brauchen Ruhe und Stetigkeit unseres politischen Lebens. Die unruhigen Elemente im Staate, die wegen der Staatsform, der Flaggenfrage usw. sich rühren, müssen ausgeschaltet werden. Wir müssen unsere ganze Kraft mehr auf die Lebensnotwendigkeit des Staates einstellen, dann haben wir Aussicht, in eine Zukunft mit ruhiger und stetiger Aufwärtsentwicklung zu kommen.

Aus der Debatte sind folgende Erklärungen des sozialistischen Abg. Osterroth hervorzuheben, die auf der Linken lebhaften Widerspruch fanden:

„Statt geistig zu kämpfen, schlagen wir uns gegenseitig die Schädel ein und streiten uns um die Staatsform. Der deutsche Arbeiter ist reif. Ein Volk, das denken kann, läßt sich seine Staatsform nicht durch Geheimbündler und Desperados vorschreiben. Unsere Verfassung ist das einzige Fundament, das die Freiheit und Größe des deutschen Vaterlandes ermöglicht."

Der deutschnationale Abgeordnete Schlange-Schöningen betonte, daß das Arbeitslosenproblem nur durch Gesundung der Wirtschaft zu lösen sei. Durch ihre Haltung in der Fürstenvermögensfrage und durch die haltlose Polizeiaktion wegen der angeblichen Rechtsputsche sowie in dem Hochschulstreik in Hannover habe die Regierung aber nur neue Unruhe in das Volk getragen.

Der volksparteiliche Abg. Schwarzhaupt wandte sich in ähnlicher und sehr scharfer Weise gegen die Regierung und schloß mit den Worten: „Die Unsicherheit der Regierungsbasis macht es der Regierung unmöglich, die großen notwendigen Gesetzesaufgaben durchzuführen. Wir können der Regierung kein Vertrauen entgegenbringen, wir werden aber weiter daran arbeiten, daß Preußen das Land wirklichen Rechts und wirklicher Freiheit wird."

Der demokratische Abg. Riedel trat für die Regierungspolitik ein und hob hervor, daß der Deutschnationale Schlange-Schöningen das Bekenntnis zur Republik, das er heute im Verlauf seiner Ausführungen ausgesprochen habe, auch in der Praxis betätigen möge. Ein Reichsgesetz muß die Länder ermächtigen, die Fürstenabfindung zu regeln. Das preußische Staatsinteresse gebietet, daß der Reichstag den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf baldmöglichst unter Dach und Fach bringt.

Aus dem englischen Hafen Hongkong in China wird gemeldet: Zwei britische Motorboote, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren und Frachtboote mit Waren für einen britischen Dampfer estortierten, haben auf Boote mit chinesischen Streikposten gefeuert, die den Versuch gemacht hatten, die Frachtboote zu verhindern. Es heißt, daß 26 Streikposten getötet wurden. — Ueber die Ergebnisse der Besprechungen zwischen den chinesischen Marschällen Wupeifu und Tschangtsolin herrscht in den europäischen Kreisen Ostasiens große Enttäuschung, da offenbar lediglich eine Einigung über die gemeinsame Bekämpfung der Kuomintschim (National-Kommunisten) erzielt wurde, so daß nach deren Besiegung neue Streitigkeiten zwischen den zwei Heerführern drohen.

Von deutschen und amerikanischen Universitäten.

Von Prof. Dr. Ernst Friedrichs.

Nicht nur in Hannover und an sonstigen deutschen Hochschulen, und nicht nur in heutiger Zeit hat es ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen Studenten und Dozenten und auch mit der Aufsichtsbehörde gegeben, sondern die Geschichte der Universitäten aller Länder ist reich an solchen Hochschulkämpfen aller Art. Zwei interessante Streitfälle wurden unlängst aus Amerika berichtet, die zu einem kurzen Vergleich zwischen deutschen und amerikanischen Universitäten Anlaß gaben:

In der Ohio-Staatsuniversität haben die männlichen Studenten für Abschaffung ihrer zwanzigwöchigen militärischen Ausbildung in der Universität gestimmt, und an der Universität von North-Carolina haben die großen Baumwollinteressenten des Staates der Universität eine Verwarnung erteilt, sie würden die Hochschule eingehen lassen, wenn sie wieder Stellung nähme gegen die Interessen der Baumwollgewaltigen. Wir knüpfen an diesen letzten freundschaftlichen Erlaß an:

Unsere deutschen Universitäten sind Staatsinstitute, in ihrem Handeln sind sie allein dem Staat verantwortlich, ihr Beamtenkörper untersteht einzig den Staatsgesetzen. Er genießt dabei vielerlei Freiheiten, und es kann auf den Universitäten im Interesse der freien Forschung manche Lehre, manches Wort frei geredet werden, das — unter anderen Umständen ausgesprochen — einen gewöhnlichen Sterblichen leicht in irgendwelche Konflikte bringen könnte. Diese freie Stellung haben die deutschen Universitäten nicht, etwa immer gehabt, sondern sich erst nach und nach zu eigen gemacht. Unsere ersten Universitäten waren, wie auch die Universitäten der anderen Länder des christlichen Europas, zunächst rein kirchliche Anstalten, sind doch die teilweisen — nicht die deutschen, die kommen erst später — direkt aus den alten Klöster- und Domschulen hervorgegangen.

Die erste deutsche Universität, die Prager, war eine Kaisergründung, 1347 durch Kaiser Karl IV. errichtet; sie unterstand jedoch der päpstlichen Genehmigung und der Aufsicht der Kirche. Dasselbe ist mit den folgenden der Fall, der Wiener, 1765, der Heidelberger 1386, der Kölner 1388, der Erfurter 1392, der Leipziger 1409 usw. Erst mit dem 15. und 16. Jahrhundert, der Zeit des Humanismus, entgleiten die Universitäten der Aufsicht der Kirche und unterstehen nur dem Staat. Der Staat war aber zunächst und auch noch auf lange Zeit hinaus der Fürst. Und da ist denn mancherlei geschehen, was sehr wenig zu der freien Forschung paßt. Man braucht nur an Männer zu erinnern, wie den berühmten Philosophen Christian Wolf, der wegen seiner „freien Meinung" 1723 unter Androhung des Strangs Halle in 24 Stunden und die preußischen Staaten in zwei Tagen verlassen mußte, oder an Fichte, den großen Verfechter deutscher Freiheit und deutscher Wiedergeburt, der 1799 schnell aus Sachsen-Weimar verschwinden mußte und froh war, in Berlin unterkommen zu können. Das waren aber doch nur ganz besondere Fälle. Die Freiheit der Wissenschaft zog sich im übrigen nach und nach durch; sie wurde bedeutend gefördert durch das Jahr 1848, und 1870 setzte sie sich vollends durch.

Im „freien Amerika" ist der Gang der Entwicklung ähnlich gewesen, nur schneller, und am Ende der Entwicklung stand dann neben dem Staatsbau ein anderer Bau von anderem Aussehen und von anderer Struktur da. Die ersten Universitäten sind noch englisches Wachstum: so die 1638 vom Prediger Harvard in Cambridge im Staate Massachusetts errichtete Harvard-Universität, eine großartige Einrichtung, äußerlich — denn Universitätsterrain umfaßt 16 Hektar — wie innerlich, ist sie doch mit prachtvollen Museen und prachtvollen Bibliotheken ausgestattet; und das gleiche gilt für die 1701 in der schönen Ulmenstadt New-Haven im Staate Connecticut gegründete Yale-Universität (sie hat ihren Namen zu Ehren des Elihu Yale, geboren 1721, der seine in Indien erworbenen großen Reichtümer ihr überließ. Man hört sie beide Hochschulen wie sie viele ihrer Nachbildungen über den Namen College: die beiden Wörter Universität und College bedeuten im Grunde nichts Verschiedenes, nicht etwa einen geringeren oder höheren Grad des Wissens; im Laufe der Zeit hat sich nur der Unterschied herausgebildet, daß man die Würdengrade — neben dem Doktorgrad noch der „baccalaureus" und der „Master" — auf einer Universität erwerben kann, nicht am College. Bei uns sind so ähnlich die Wörter Universität und Akademie durcheinander gegangen; nur hat sich heute das Wort Akademie mehr für ein Kunstinstitut und ein technisches Institut durchgesetzt — im übrigen sind alle Universitätsstudenten „akademische Bürger".

Diese ersten amerikanischen Universitäten sind nach ihnen noch eine ganze Reihe anderer waren wie bei uns rein kirchliche Institute. Dann wurde aber der „philosophische Staatsmann" Thomas Jefferson Präsident (1801), und mit ihm zog die Staatsuniversität ein. Sie beherrschte ein halbes Jahrhundert hindurch allein das Feld. Inzwischen waren aber im Lande die vielen Multimillionäre und Multimilliardäre aus der Erde gestampft, und nun kam seit 1865 eine dritte Reihe von Instituten, die durch großartige Schenkungen der Cornell, Hopkins, Rockefeller usw. ins Leben gerufenen, mit reichen Mitteln ausgestalteten Privatuniversitäten. Sie sind frei von der staatlichen Kontrolle; nur zu ihrer Errichtung bedürfen sie der Staatsgenehmigung, bekommen diese aber leicht, sobald das genügende Geld vorhanden ist. Deren gibt es neben den staatlichen Instituten eine große Zahl, wie überhaupt das Land sehr reich an Universitäts-Instituten ist. Deutschland zählt ein Vierteljahrhundert, die Vereinigten Staaten dagegen sechshundert.

Solche von Privaten gegründete Institute haben aus eigenartigen Motiven entsprungen, bisweilen auch einen sehr eigenartigen Charakter angenommen, wie das die erwähnte Universität in North-Carolina beweist. In North-Carolina ist der Lebensnerv die Baumwollernte, und die Baumwollmagnaten sind die Herrscher des Landes. Von ihnen ist die Universität zum Zweck der Förderung der Baumwollkultur gegründet worden; die Gründungsstatuten sordern ausdrücklich, daß das Hauptaugenmerk der wissenschaftlichen Arbeit der Universität diesem Punkte zu gelten hat. Gegen dieses Ziel, das sich ja mit ähnlichen Aufgaben unserer landwirtschaftlichen Hochschulen deckt, ist an und für sich nichts zu sagen; wenn aus aber die Androhung der Schließung der Universität einzig und allein auf Aufsätzen des Universitätsorgans über Mißstände in ein paar von denselben Leuten unterhaltenen Schulen basiert, so behüte uns Gott vor solchen Privathochschulen!

Das Leben auf den amerikanischen Universitäten ist ganz anders als bei uns. Sie sind zum großen Teil geschlossene Institute, in denen die Studenten wohnen und ihren ganzen Lebensunterhalt finden. Daher ist denn eine größere Aufsicht, eine strengere Disziplin ganz natürlich, z. B. wird zu bestimmten Stunden auf ein gegebenes Klingelzeichen gefrühstückt, das Mittag- und Abendessen wird gemeinsam eingenommen, zu bestimmten Stunden muß gearbeitet werden usw. Zu solcher Disziplin gehört nun an manchen Universitäten eine volle militärische Ausbildung, und jeder Student muß unter der Leitung von Berufsoffizieren zu bestimmten Stunden des Tages Soldat spielen. Die Studenten tragen eine meist sehr kleidsame Uniform und sind daher oft die Lieblinge des großen Publikums. Da dies aber im Grunde wenig mit der Wissenschaft zu tun hat, und da auch der Krieg und das Militär dem Pazifismus weichen sollen, so haben sich schon mehrere Universitäten hiergegen ausgesprochen, darunter jetzt die oben erwähnte Ohio-Staatsuniversität. Sie wollen aber nur gegen die obligatorische Militärausbildung Front machen, nicht eine gegen die freiwillige. Dem Vorgehen der Ohio-Universität werden sich möglicherweise bald noch mehr Universitäten anschließen.

Der Herr aus Schwätzingen.

Clemens Brentano saß einmal mit einem jener faden Dauerredner zusammen, die auch heutzutage noch die Schrecken so mancher Gesellschaft bilden. Unaufhörlich floß der Redestrom dieses Herrn dahin. Als er einmal Atem schöpfte, benutzte Brentano die Gelegenheit, höflich zu fragen: „Ach sagen Sie doch bitte, mein Herr, aus welcher Stadt sind Sie gebürtig?" „Nun, ich bin doch aus Mannheim", kam die zungenschnelle Antwort. — „Dm, ich dachte Sie wären aus Schwätzingen" bemerkte der Dichter trocken unter dem schallenden Gelächter der übrigen Tischgesellschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260702017/fragment/page=0002